

■ Als Jekyll gesprungen, als Hyde gelandet

Ein Lehrstück vom Bremer Musical

Das Musical gilt als die leichte Muse schlechthin. Um so bedauerlicher ist es, dass es sich in Bremen zu einem Lehrstück über mißlungene Wirtschaftspolitik entwickelt hat. Mit der Leichtigkeit und Eleganz einer privatwirtschaftlichen Lösung, die es haben sollte, hat es nichts mehr gemein, sondern mit der Erdschwere und Düsternis einer staatssozialistischen Lösung. Was ist passiert?

Das Bundesland Bremen, seit 1995 von einer großen Koalition regiert, macht Politik unter Sanierungsbedingungen, und alle Anstrengungen sollen darauf gerichtet sein, durch Strukturwandel und eine offensive Tourismusstrategie mehr Touristen und mehr Steuereinnahmen nach Bremen zu ziehen. In diesem Zusammenhang wurden ein Space Park, ein urban entertainment center, (geplante Besucher pro Jahr 12 Mio, mehr als Euro Disney Paris im Jahr hat), ein Ocean Park in Bremerhaven, ein Universum, ein Rhodarium, der Ausbau der Rennbahn beschlossen und außerdem das Musical Jekyll und Hyde, das seit einigen Jahren in New York läuft.

So weit, so gut ... und so schlecht. Denn die Große Koalition hat den Expo-Fehler gemacht, mit viel zu hohen Besuchererwartungen gerechnet und damit die Öffentlichkeit getäuscht.

Als besonders günstige privatwirtschaftliche Lösung wurde das Musical den Bremer Stadtpolitikern verkauft. Die Hanseatische Veranstaltungsgesellschaft (HVG) nahm offiziell zunächst einen Kredit über 45 Mio. auf, damit der Immobilieneigentümer bereit war, die Immobilie zur Musicalspielstätte auszubauen. De facto lag das Betreiberisiko von Anfang an bei der Stadt, sprich dem Steuerzahler. Die Gewinne streicht der private Unternehmer ein, das Risiko wird sozialisiert.

Mittlerweile ist klar, dass die Parlamentarier belogen wurden, zumindest nicht in Kenntnis gesetzt wurden über die tatsächliche Vertragsgestaltung. Tatsächlich lag das von der HVG aufgenommene Darlehen bei 54,5 Mio und die jährlichen Subventionen, die bei 1,7 Mio. liegen sollten, betragen im ersten Musical-Spieljahr schon 3 Mio.

Außerdem hat der Senat über die HVG dem Musical noch einmal 3 Mio. für Marketing zukommen lassen, eine Summe, von der das Parlament nie etwas erfahren hat.

Aber da das Musical nach Meinung von CDU und SPD für den Standort Bremen und das Image der Stadt so entscheidend ist, hat der

Senat natürlich auch die Spenderhosen an, wenn das Musical SOS funkt, wie im Mai 2000, weil es aus vielfältigen Gründen zahlungsunfähig war. Um die Juni-Gehälter noch zahlen zu können, hat der Senat über eine stadteneigene Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen erst einmal 1,5 Mio. ohne Parlamentarierbeschluss dem Musical rübergeschoben, obwohl Grüne und SPD verlangt hatten, dass es ohne parlamentarische Beteiligung keine Liquiditätshilfen geben dürfe. Aber in der Not nimmt es die Große Koalition nicht so genau mit der Demokratie, schließlich sieht sie sich doch als der alleinige Garant für die Sanierung der Bremer Finanzen und die wirtschaftliche Konsolidierung des Stadtstaates.

Da der Bremer Wirtschaftssenator Josef Hattig, CDU und Ex-Becks-Chef, so ein hervorragender Wirtschaftspolitiker ist und weiß, dass Psychologie und gute Stimmung die Hälfte der Miete einer guten Wirtschaftspolitik sind, stellt er sich paternalistisch vor das Musical, das ja nach Meinung Hattigs vor allem von den Grünen kaputtgeredet werde (als ob es dessen noch bedürfe), verkündet die große Chance für das Musical und legt den Parlamentariern einen Beschlußvorschlag vor, doch bitte weitere 4,5 Mio. Liquiditätshilfe zu verabschieden. In Wahrheit benötigt das Musical allein im Jahr 2000 12,8 Mio. Überlebenshilfe, eine Summe, die selbst der Bremer Senat sich nicht getraute, als einmalige Bewilligung den Parlamentariern vorzulegen. Die 4,5 Mio. sind jetzt mit der Auflage beschlossen worden, dass das Controlling des Musical verbessert werden muß und man bis Oktober erwartet, dass ein Sanierungskonzept vorliegt.

Ursprünglich sollten jetzt schon die 8 Mio.

Staatsanteil an Liquiditätshilfe beschlossen werden, aber die Geschäftsführung des Musical war nicht in der Lage, der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC alle nötigen Belege vorzulegen. Aber es kann sich nur noch um wenige Tage handeln, bis die unterbreitet werden, so die Behauptung des Wirtschaftsressorts, und alles sei gar kein Grund zur Aufregung, so die CDU in Bremen. Denn Optimismus an jeder Vernunft vorbei ist schließlich in einem Haushaltsnotlageland erste Bürgerpflicht, und die »negativistischen Grünen« würden bedauerlicherweise die enorme Chance des Musicals für Bremen verkennen.

Dr. Jekyll ist der bösen Geister, die er schuf, nicht mehr Herr geworden und ist als gewalttätiger Mr. Hyde geendet. Analog trifft es die Große Koalition in Bremen mit ihrem Musical; auch auf politischer Ebene mehr Hyde als Jekyll. Die bösen Geister, die sie anlockten, werden sie nun nicht mehr los und werden freudig weitersubventionieren, da sie alleine das Risiko tragen, und sie werden das Musical und sein Potential für Bremen schönreden. Denn es geht schließlich um die leichte Muse, die man niemals schwer nehmen darf. Schon gar nicht in Bremen.

P.S. Der Kulturetat wird nach mittelfristiger Finanzplanung bis 2005 um 30 % abgeschmolzen, was den Tod zahlreicher Kultureinrichtungen bedeuten wird. Das Musical wird subventioniert. Das ist die Prioritätensetzung der Großen Koalition in Bremen: eine de facto Umverteilung weg von den Kultureinrichtungen hin zum Musical und ein Demokratieabbau durch das unkontrollierbare Handeln staatseigener Gesellschaften.

Helga Trüpel

Anzeige

Olaf Schwencke

Der Stadt Bestes suchen

Kulturpolitik im Spektrum der Gesellschaftspolitik

Arbeiten zur deutschen und europäischen Kulturpolitik aus 25 Jahren (1971 – 1996)

nebst einem aktuellen Essay »Ach Kultur, Kulturpolitik«

Reihe Dokumentationen, Bd. 50, 304 S., DM 32,-

Aus dem Inhalt:

Der Stadt Bestes suchen – Kulturpolitische Alternativen

Plädoyers für eine neue Kulturpolitik

Denkmalschutz ist Menschenschutz

Ansichten über die Zukunft der Kulturpolitik

Nach Europa und nicht zurück

Deutschland – ein Scherbenhaufen?

Ein Resümee: Kulturpolitik im Spektrum der Gesellschaftspolitik

Essay: Ach Kultur, Kulturpolitik

Kulturpolitische Gesellschaft e.V. • Weberstr. 59a • 53113 Bonn • T 0228-201670 • F 0228-2016733 • post@kupoge.de • http://www.kupoge.de

